

Sozialpolitische Schriften

Heft 84

**Europäische oder
dezentrale Sozialpolitik?**

**Der Einfluß internationaler Nachfrage-
und Präferenzunterschiede**

Von

Thomas Schuster



Duncker & Humblot · Berlin

THOMAS SCHUSTER

Europäische oder dezentrale Sozialpolitik?

Sozialpolitische Schriften

Heft 84

Europäische oder dezentrale Sozialpolitik?

Der Einfluß internationaler Nachfrage-
und Präferenzunterschiede

Von

Thomas Schuster



Duncker & Humblot · Berlin

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Schuster, Thomas:

Europäische oder dezentrale Sozialpolitik? : der Einfluß internationaler
Nachfrage- und Präferenzunterschiede / von Thomas Schuster. –

Berlin : Duncker und Humblot, 2001

(Sozialpolitische Schriften ; H. 84)

Zugl.: Mannheim, Univ., Diss., 1999/2000

ISBN 3-428-10496-X

Alle Rechte vorbehalten

© 2001 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Fremddatenübernahme: Klaus-Dieter Voigt, Berlin

Druck: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin

Printed in Germany

ISSN 0584-5998

ISBN 3-428-10496-X

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☺

Meinen Eltern

Vorwort

Während meines Hauptstudiums der Volkswirtschaftslehre an der Universität Mannheim reifte in mir der Gedanke, danach erst einmal zu promovieren. Das erworbene Grundlagenwissen weckte mein lebhaftes Interesse, die Erkenntnisse zu vertiefen und zu erweitern. Und eine Promotion war der geeignete Rahmen, um ein bißchen mehr zu erkennen, was eine Ökonomie im Innersten zusammenhält.

Das Schicksal meinte es gut mit mir. Mein Wunschdoktorvater an der Fakultät bot mir an, bei ihm über europäische Sozialpolitik zu promovieren. Da ich die Wirtschaftspolitik schon immer für den spannendsten Teilbereich der Volkswirtschaftslehre hielt, willigte ich gerne ein.

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 1999/2000 von der Fakultät für Volkswirtschaftslehre der Universität Mannheim als Dissertation angenommen. Zuerst möchte ich meinem Doktorvater, Prof. Dr. Roland Vaubel, danken. Während meines Hauptstudiums führte er mich in die Public-choice-Theorie ein, die mir eine völlig neue Sicht der Dinge eröffnete. Während meiner Promotion ließ er mir alle nötigen Freiheiten und spornte mich mit seiner präzisen und konstruktiven Kritik an, mein Werk ständig zu verbessern. Ich habe viel von ihm gelernt. Ich bedanke mich ebenfalls bei Herrn Prof. Dr. Franz Urban Pappi, der von Anfang an meine Promotion wohlwollend begleitete und bereitwillig das Zweitgutachten übernahm.

Die Volkswagen-Stiftung förderte das Forschungsprojekt. Der größte Teil der Arbeit entstand am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialpolitik, das die Grundausrüstung für das Projekt großzügig zur Verfügung stellte. Insbesondere die EDV-Ausrüstung und -Unterstützung waren vorzüglich. Mein Dank gilt besonders Marlene Alle, die mich in allen Phasen meiner Dissertation bereitwillig und kompetent unterstützte, vielfältige Computerprobleme zu lösen. Bei der Durchführung der Eurobarometer-Umfrage war die Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Europäische Umfrageanalysen und Studien sehr hilfreich. Hermann Schmitt, Evi Scholz und Peter Schubert ermöglichten mir, die Ressourcen des Zentrums zu nutzen.

Der zweite Teil der Arbeit entstand am Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre. Ich danke meinen Kollegen Bernhard Boockmann und Pay Uwe Paulsen für intensive Diskussionen und einige wertvolle Hinweise. Bernhard Falk und Rebekka Buchwitz haben mir einige nützliche Tips gegeben.

Torsten Schröder gestaltete das ein oder andere Schaubild und machte sich um das Literaturverzeichnis verdient.

Drei Personen haben allenfalls indirekt, aber dennoch wirkungsvoll zum Gelingen des Projektes beigetragen. Rainer Hofmann unterstützte mich zumindest moralisch. Thomas König gewährte mir Einblick in die „Welt der Wissenschaft“ und gab mir immer wieder gute Ratschläge. Mit Volker Stocké diskutierte ich lebhaft und häufig interessante wissenschaftstheoretische und soziologische Probleme. Auch ihnen sei gedankt.

Was wäre die Arbeit ohne die zahlreichen Korrekturleser? Dank gebührt Christa Kininger, Oliver Lellek und Hans Schuster, die aufmerksam die ganze Dissertation lasen und sich gegenseitig bestens ergänzten. Thomas Bräuninger, Claus Buhleier und Birgit Rimmelpacher kommentierten Teile der Arbeit.

Zuletzt möchte ich meinen Eltern herzlich danken. Ohne sie hätte das Werk schlußendlich gar nicht entstehen können. Sie haben mich ihren Möglichkeiten entsprechend immer unterstützt.

Gaggenau, im Februar 2001

Thomas Schuster

Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung	17
B. Grundlagen	21
I. Europäische Sozialpolitik	21
1. Die Rechtsgrundlagen	21
2. Wichtige Tätigkeitsbereiche	25
a) Sozialpolitische Ausgaben	25
b) Sozialpolitische Regulierungen	26
II. Die ökonomische Theorie des Föderalismus	28
1. Die Zuordnung staatlicher Aufgaben zu den institutionellen Ebenen	29
2. Präferenzkosten	30
3. Externe Effekte	32
4. Steigende Skalenerträge	33
5. Institutioneller Wettbewerb	35
6. Verzerrung des wirtschaftlichen Wettbewerbes	36
7. Weitere politisch-ökonomische Gesichtspunkte	39
8. Zusammenfassung	40
III. Die Theorie der Nachfrage nach Sozialpolitik	41
1. Das Modell	42
2. Komparative Statik	46
IV. Zusammenfassung	48
C. Die Nachfrage nach Sozialpolitik	51
I. Vorbemerkungen	51
1. Aggregat- versus Individualanalyse	51
2. Primär- versus Sekundäranalyse	52
3. Die Notwendigkeit eines Vortests	53
II. Lohnfortzahlung im Krankheitsfall	54
1. Internationaler Vergleich	54
2. Vortest	57
3. Vorüberlegungen zur Hauptstudie	74
4. Die Hauptstudie	77
5. Internationale Nachfrage- und Präferenzunterschiede	88
III. Mutterschaftsgeld	94
1. Internationaler Vergleich	94

2. Die Nachfrage nach Mutterschaftsgeld	97
3. Internationale Nachfrage- und Präferenzunterschiede	107
IV. Mutterschaftsurlaub	111
1. Internationaler Vergleich	111
2. Die Nachfrage nach Mutterschaftsurlaub	112
3. Internationale Nachfrage- und Präferenzunterschiede	119
V. Zusammenfassung	122
D. Das Angebot an Sozialpolitik	124
I. Theoretische Grundlagen	124
1. Das Angebot an Entgeltersatzleistung im Krankheitsfall	125
a) Das Modell	125
b) Komparative Statik	127
2. Das Angebot an Mutterschaftsgeld und -urlaub	129
a) Das Modell	129
b) Komparative Statik	133
II. Empirische Analyse	141
1. Schätzmethoden	141
2. Entgeltersatzleistung im Krankheitsfall	143
a) Daten und Operationalisierung	143
b) Ergebnisse	147
c) Diskussion	150
3. Mutterschaftsgeld und Mutterschaftsurlaub	152
a) Daten und Operationalisierung	152
b) Ergebnisse	156
c) Diskussion	161
4. Internationale Unterschiede	162
III. Zusammenfassung	163
E. Die Nachfrage nach Zentralisierung der Sozialpolitik	165
I. Einleitung	165
II. Beschäftigungspolitik	165
1. Internationaler Vergleich	165
2. Europäische Beschäftigungspolitik	170
III. Die Theorie der Nachfrage nach Zentralisierung der Beschäftigungs- politik	175
IV. Empirische Analyse	181
1. Daten und Operationalisierung	181
2. Ergebnisse	183
3. Internationale Nachfrage- und Präferenzunterschiede	190
V. Zusammenfassung	194
F. Bewertung und Ausblick	195
I. Bewertung	195
II. Ausblick	198

Anhang A: Der Fragebogen der Hauptstudie	202
Anhang B: Die Fragen zu den restlichen abhängigen Eurobarometer-Variablen	206
Anhang C: Kodierung der benutzten Eurobarometer-Variablen	208
Literaturverzeichnis	213
Stichwortverzeichnis	226

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Nachfrage nach Lohnfortzahlung im Krankheitsfall (Vortest)	72
Tabelle 2: Nachfrage nach Lohnfortzahlung im Krankheitsfall (Hauptstudie)	84
Tabelle 3: Internationale Unterschiede bei der Nachfrage nach Lohnfortzahlung im Krankheitsfall	90
Tabelle 4: Internationale Präferenzunterschiede bei der Nachfrage nach Lohnfortzahlung im Krankheitsfall	93
Tabelle 5: Nachfrage nach Mutterschaftsgeld	102
Tabelle 6: Internationale Unterschiede bei der Nachfrage nach Mutterschaftsgeld	108
Tabelle 7: Internationale Präferenzunterschiede bei der Nachfrage nach Mutterschaftsgeld	110
Tabelle 8: Nachfrage nach Mutterschaftsurlaub	116
Tabelle 9: Internationale Unterschiede bei der Nachfrage nach Mutterschaftsurlaub	120
Tabelle 10: Internationale Präferenzunterschiede bei der Nachfrage nach Mutterschaftsurlaub	121
Tabelle 11: Angebot an Entgeltersatzleistung im Krankheitsfall in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union 1979–1994, OLS-Schätzung	148
Tabelle 12: Angebot an Mutterschaftsgeld in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union 1988–1994, OLS-Schätzung	157
Tabelle 13: Angebot an Mutterschaftsgeld in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union 1988–1994, Schätzung mit festen Periodeneffekten . .	158
Tabelle 14: Angebot an Mutterschaftsgeld in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union 1988–1994, GLS-Schätzung	159
Tabelle 15: Angebot an Mutterschaftsurlaub in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union 1988–1994, OLS-Schätzung	160
Tabelle 16: Nachfrage nach Zentralisierung der Beschäftigungspolitik, Frage 69	188
Tabelle 17: Nachfrage nach Zentralisierung der Beschäftigungspolitik, Frage 74	189
Tabelle 18: Internationale Unterschiede bei der Nachfrage nach Zentralisierung der Beschäftigungspolitik	191
Tabelle 19: Internationale Präferenzunterschiede bei der Nachfrage nach Zentralisierung der Beschäftigungspolitik	193

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Ausgaben der EU für den Europäischen Sozialfonds, Gemeinschaftsinitiativen mit sozialpolitischem Bezug und sonstige Sozialmaßnahmen 1980–1996	26
Abbildung 2: Anzahl der Richtlinien und Verordnungen im Bereich Sozialpolitik 1957–1995	28
Abbildung 3: Präferenzkosten bei zentraler Entscheidung über ein lokales öffentliches Gut	31
Abbildung 4: Externe Effekte bei der Produktion eines lokalen öffentlichen Gutes	32
Abbildung 5: Steigende Skalenerträge bei der Produktion eines öffentlich bereitgestellten Gutes	34
Abbildung 6: Arbeitsmarkt einer armen Region A und einer reichen Region B	38
Abbildung 7: Organisationsform der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall (Vortest)	68
Abbildung 8: Zahlungsart für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall (Vortest)	69
Abbildung 9: Höhe der lohnabhängigen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall (Vortest)	70
Abbildung 10: Höhe der lohn- und familienstandsabhängigen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall (Vortest)	70
Abbildung 11: Höhe des monatlichen Pauschalbetrages, der unabhängig vom Familienstand ist (Vortest)	71
Abbildung 12: Höhe des monatlichen Pauschalbetrages, der abhängig vom Familienstand ist (Vortest)	72
Abbildung 13: Organisationsform der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall (Hauptstudie)	79
Abbildung 14: Zahlungsart der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall (Hauptstudie)	80
Abbildung 15: Höhe des monatlichen Pauschalbetrages (Hauptstudie)	81
Abbildung 16: Höhe der lohnabhängigen Lohnfortzahlung (Hauptstudie)	82
Abbildung 17: Höhe des Mutterschaftsgeldes	99
Abbildung 18: Länge des Mutterschaftsurlaubes	115

Abbildung 19: Entwicklung der Entgeltersatzleistung im Krankheitsfall in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union 1986–1996	144
Abbildung 20: Entwicklung des Mutterschaftsgeldes in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union 1988–1996	153
Abbildung 21: Entwicklung des Mutterschaftsurlaubes in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union 1988–1996	154
Abbildung 22: Arbeitslosenquoten in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union 1998	166
Abbildung 23: Arbeitslosenquoten in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union 1998, aufgeteilt nach Problemgruppen	167
Abbildung 24: Ausgaben für Beschäftigungspolitik in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union 1998	169
Abbildung 25: Zentralisierung der Beschäftigungspolitik, Frage 69	185
Abbildung 26: Zentralisierung der Beschäftigungspolitik, Frage 74	186

Abkürzungsverzeichnis

AFDC	Aid to Families with Dependent Children
BDA	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BSP	Bruttosozialprodukt
DK	Don't know; Durchschnittskosten
EB	Eurobarometer
Essoss	Europäisches System der integrierten Sozialschutzstatistik
ESVG	Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen
Eurostat	Statistical Office of the European Communities, Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GK	Grenzkosten
GLS	Generalized Least Squares
INPS	Istituto Nazionale della Previdenza Sociale
INRA	International Research Associates
iw	Institut der deutschen Wirtschaft
iwd	Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft
JAI	Johnson Associates, Incorporation
MISSOC	Mutual Information System on Social Protection in the European Union
MwSt.	Mehrwertsteuer
N. F.	Neue Folge
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
OLS	Ordinary Least Squares
SFB	Sonderforschungsbereich
URL	Uniform Resource Locator
U. S.	United States
VNO-NCW	Verbond van Nederlandse Ondernemigen – Nederlands Christelijk Werkgeveisverbond
WTO	World Trade Organization
ZEW	Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung

Symbolverzeichnis

B	Mutterschaftsleistung
f	Wahrscheinlichkeitsfunktion der potentiellen Väter, die Partei zu wählen
F	Anzahl der potentiellen Väter
F_s	Rae-Index
G_v	erwarteter Gewinn des Versicherungsunternehmens
h	Anteil der potentiellen Mütter, die in einer Periode Mutterschaftsleistung erhalten
m	Index, der auf die entsprechende Variable für den Medianwähler hinweist; Wahrscheinlichkeitsfunktion der potentiellen Mütter, die Partei zu wählen
M	Anzahl der potentiellen Mütter
n	Wahrscheinlichkeitsfunktion der restlichen Wähler, die Partei zu wählen
N	Anzahl der restlichen Wähler
p	Wahrscheinlichkeit des Schadensfalles; Wahrscheinlichkeit, die Partei zu wählen
π	Preis für die Versicherung
π_s	Versicherungsprämie
r	absolute Risikoaversion
s	Versicherungssumme
s_i	Anteil der Sitze der i-ten Partei im Parlament
T	Pauschalsteuer
y^b	Gesamteinkommen im Schadensfall
y^d	verfügbares Einkommen
y^g	Gesamteinkommen im Nichtschadensfall
y^l	Lohneinkommen
Y	individuelles Gesamteinkommen

A. Einleitung

Seit Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Jahre 1957 sind die Organe der Gemeinschaft sozialpolitisch aktiv. Die europäische Sozialpolitik wurde in den sechziger und siebziger Jahren eher vernachlässigt und gewann erst mit der Verabschiedung der Einheitlichen Europäischen Akte 1987, die die sozialpolitischen Kompetenzen der Gemeinschaft ausweitete, an Dynamik. Sowohl der Vertrag von Maastricht 1992 mit dem sozialpolitischen Abkommen als auch der Vertrag von Amsterdam 1997 mit dem beschäftigungspolitischen Kapitel fügten erneut Kompetenzen hinzu. Trotzdem ist es in den letzten Jahren wieder etwas ruhiger um die europäische Sozialpolitik geworden. Derzeit existieren ungefähr 190 rechtlich verbindliche Richtlinien und Verordnungen der Europäischen Union (EU), die das deutsche Sozialrecht unmittelbar beeinflussen (Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände 1999, S. 1).

Die vorliegende Arbeit befaßt sich mit der Frage nach der Zentralisierung oder Dezentralisierung der Sozialpolitik. Ist einmal entschieden, daß ein sozialpolitisches Gut angeboten werden soll, so ist anschließend zum einen die Höhe des Angebotes, zum anderen aber auch die institutionelle Ebene festzulegen, auf der das Gut angeboten wird. Denkbar sind einerseits einzelstaatliche Anbieter wie lokale, regionale oder nationale Gebietskörperschaften. Andererseits könnten im Rahmen supranationaler Lösungen zwei benachbarte Grenzregionen zusammenarbeiten, oder die Europäische Union könnte das Gut bereitstellen.

Die Arbeit verfolgt insgesamt zwei Ziele. Zum einen ist zu entscheiden, ob und inwieweit es effizient und sinnvoll ist, daß die Europäische Union sozialpolitische Güter anbietet. Diese Frage zu beantworten, ist Hauptziel der Analyse und war zugleich Motivation, die Arbeit überhaupt zu schreiben. Normativer Ausgangspunkt der Arbeit ist die ökonomische Theorie des Föderalismus. Sie gibt mit den Präferenzen der Bürger, technologischen externen Effekten und Skalenerträgen in der Produktion normative Kriterien dafür vor, welche institutionelle Ebene ein sozialpolitisches Gut anbieten soll. Da vermutlich in der Sozialpolitik die Präferenzen der Bürger am wichtigsten sind, um die Kompetenzen effizient zu verteilen, stehen diese auch im Zentrum der Analyse.

Zum anderen sollen theoretische Modelle entwickelt und empirisch getestet werden, um die Nachfrage nach und das Angebot an Sozialpolitik zu

erklären. Liegen solche Modelle für ausgewählte sozialpolitische Bereiche vor, ist es möglich, drei interessante Fragen zu beantworten. Erstens läßt sich prognostizieren, wie sich Nachfrage und Angebot zukünftig entwickeln werden. Dies ist insofern bedeutsam, als man damit abschätzen kann, ob sich die Nachfrage der Bürger oder das Angebot der EU-Staaten in Zukunft eher angleichen oder auseinanderentwickeln wird.

Zweitens lassen sich die Modelle auf andere – hier nicht untersuchte – sozialpolitische Güter anwenden, um die Nachfrage und das Angebot dieser Güter zu erklären und zu prognostizieren. Zukünftige Forschungsvorhaben können auf den erarbeiteten theoretischen und empirischen Ergebnissen aufbauen.

Drittens untersucht die Arbeit, welche verschiedenen Faktoren die sozialpolitische Nachfrage und das Angebot beeinflussen. Liegen empirisch bewährte Modelle der Nachfrage und des Angebotes vor, so sind auch die systematischen Einflußfaktoren bekannt, die Nachfrage und Angebot tatsächlich bestimmen. Damit läßt sich klären, ob beide eher durch ökonomische Variablen wie Einkommen, Ersparnis oder Arbeitslosenquote, durch sozio-ökonomische Variablen wie Alter oder Bildungsstand oder durch politisch-ökonomische Variablen wie politische Ausrichtung der Regierungspartei oder Parteienwettbewerb beeinflußt werden.

Die Arbeit besteht aus insgesamt vier inhaltlichen Kapiteln. Kapitel B. stellt die Grundlagen der Untersuchung dar. Zuerst werden in einem Überblick über die europäische Sozialpolitik die rechtlichen Bestimmungen und die sozialpolitischen Aktivitäten der EU beschrieben (Abschnitt B.I.).

Anschließend führt Abschnitt B.II. in die ökonomische Theorie des Föderalismus ein. Die Präferenzen der Bürger, die Existenz von technologischen externen Effekten und Skalenerträgen in der Produktion, der institutionelle Wettbewerb, die Verzerrung des wirtschaftlichen Wettbewerbes und schließlich politisch-ökonomische Aspekte sind wesentliche Kriterien, um die Kompetenzen für das sozialpolitische Angebot effizient zuzuordnen. Grundsätzlich geht die Theorie davon aus, daß es effizient ist, falls die unterste Ebene das Gut bereitstellt (Oates 1972, S. 35). Erst wenn mindestens eines der genannten Kriterien für Zentralisierung spricht, kann es tatsächlich vorteilhaft sein, das Gut auf einer übergeordneten Ebene anzubieten.¹

In Abschnitt B.III. wird ein Erwartungsnutzenmodell entwickelt, um die Nachfrage nach Sozialpolitik zu erklären. Viele sozialpolitische Leistungen sichern den Bürger dagegen ab, daß sich sein Einkommen verringert. Den

¹ Sprechen ein oder mehrere Kriterien der Theorie für die Zentralisierung, ist dies lediglich eine notwendige, jedoch keine hinreichende Bedingung für ein zentralisiertes Angebot.

Einkommensverlust löst ein bestimmtes, nicht vorhersehbares Ereignis aus, zum Beispiel Krankheit, Geburt eines Kindes oder Arbeitslosigkeit. Deshalb stellt die Nachfrage nach Sozialpolitik eine Entscheidung unter Unsicherheit dar, so daß sich das individuelle Verhalten durch ein Erwartungsnutzenmodell beschreiben läßt. Das theoretische Modell dient dazu, die wesentlichen Nachfragefaktoren herauszuarbeiten.

In Kapitel C. werden die sozialpolitischen Präferenzen der Bürger exemplarisch für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall (C.II.), Mutterschaftsgeld (C.III.) und Mutterschaftsurlaub (C.IV.) untersucht. Die Analyse erfolgt mit Daten der Eurobarometer-Umfragen 37.1 (1992) und 44.3 (1996). Die Fragen zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wurden speziell für die vorliegende Arbeit entwickelt und Bürgern in fünf europäischen Ländern gestellt. Es erforderte umfangreiche Vorarbeiten, um die Fragen zu entwerfen und die Länder auszuwählen. Diese Vorarbeiten sind in den Unterabschnitten C.II.2. und C.II.3. dargestellt.

Die Abschnitte des Kapitels C. sind jeweils gleich aufgebaut. Jedes beginnt mit einem internationalen Vergleich der entsprechenden sozialpolitischen Regelung, da es die Nachfrage beeinflussen kann, wie die Leistung institutionell ausgestaltet ist. Dann werden die theoretischen Überlegungen aus Abschnitt B.III. auf das sozialpolitische Gut angewandt und die wesentlichen Einflußgrößen der Nachfrage herausgearbeitet. Es folgen die empirischen Ergebnisse. Dabei geht es vor allem um die Frage, ob die festgestellten Nachfrage- und Präferenzunterschiede der Bürger zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten beträchtlich sind.

Kapitel D. geht auf das sozialpolitische Angebot durch die einzelnen Mitgliedstaaten ein. Wiederum werden exemplarisch die Bereiche Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, Mutterschaftsgeld und Mutterschaftsurlaub untersucht. Abschnitt D.I. entwickelt zwei theoretische Modelle, die das Angebot an Sozialpolitik erklären könnten. Das Angebot an Entgeltfortzahlung läßt sich vermutlich durch ein Medianwählermodell näher bestimmen. Für das Angebot an Mutterschaftsleistungen könnte auch ein Interessengruppenmodell relevant sein. Abschnitt D.II. widmet sich der empirischen Analyse. Zuerst werden die verwendeten Schätzmethoden beschrieben (D.II.1.). Kombinierte Zeitreihen- und Querschnittsanalysen dienen dazu, das Angebot an Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall (D.II.2.) sowie Mutterschaftsgeld und -urlaub (D.II.3.) empirisch zu analysieren. Unterabschnitt D.II.4. untersucht, wie die international unterschiedlichen Angebote zustande kommen.

Kapitel E. geht nochmals auf die Präferenzen der Bürger ein. Diesmal wird die Nachfrage nach Zentralisierung der Beschäftigungspolitik analysiert. Während in den Kapiteln B. und C. gefragt wurde, ob es effizient ist,